

Politiker wollen Frauen länger schuften lassen



Keine rosigen Aussichten: Frauen sollen künftig ebenfalls mit 65 pensioniert werden.

Die 11. AHV-Revision ist weitgehend bereinigt. Der zentrale Punkt: Das Frauenrentenalter wird auf 65 Jahre erhöht. Die dabei eingesparten Gelder sollen zur Hälfte für sozial abgedeckte Frühpensionierungen eingesetzt werden.

Ruedi Studer, Bern

Bei der 11. AHV-Revision reden die Frauen ein gewichtiges Wort mit. Nicht ohne Grund, sind sie in zentralen Punkten doch direkt betroffen: So wird das Frauenrentenalter auf 65 Jahre erhöht. Damit werden 800 Millionen Franken jährlich eingespart, wovon die Hälfte für sozial abgedeckte Frühpensionierungen eingesetzt werden soll. Diese wiederum kämen vor allem Frauen zugute: 19 Prozent der Männer und 71 Prozent der Frauen – im Durchschnitt 42 Prozent – wären abfederungsberechtigt.

Klare Fronten im Parlament

Im Parlament waren die Fronten klar: Die bürgerlichen Parteien stimmten der Kompromissvorlage zu. Das links-grüne Lager lehnte sie ab. «Von den 800 Millionen Franken, die durch die Rentenaltererhöhung um ein Jahr anfallen, werden immerhin 400 Millionen zugunsten der AHV eingespart», machte sich etwa die Appenzell Ausserrhoder FDP-Nationalrätin Marianne Kleiner für die Vorlage stark.

«Sowohl Frauen als auch Männer sollen die Möglichkeit haben, vorzeitig in den Ruhestand zu treten. Sie sollen das aber nicht während des Rests ihres Lebens mit zu hohen Einkommenseinbussen bezahlen müssen», wehrte sich die Basler SP-Nationalrätin Silvia Schenker gegen die Kompromisslösung.

Während das Links-Rechts-Schema unter den Parlamentarierinnen spielte, sind die Frauen-Fronten ausserhalb des Parlaments nicht derart klar. So wehrt sich ein «Frauenbündnis AHV»

gegen die aus seiner Sicht «nicht tragbare» Vorlage. Dem Bündnis gehören die Frauengruppen von Grünen, SP und CVP ebenso an wie parteipolitisch neutrale Frauenorganisationen wie Alliance F, der Schweizerische Katholische Frauenbund, die Evangelischen Frauen Schweiz oder der Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen.

Auch bürgerliche Frauen dagegen

Im Namen des Bündnisses treten denn auch bürgerliche Frauen gegen die Vorlage an. An vorderster Front exponiert sich die ehemalige CVP-Nationalrätin Rosmarie Zapfl: «Die Frauen werden in der Wirtschaftswelt noch immer benachteiligt und brauchen deshalb eine genügend hohe Rente, wenn sie pensioniert werden», sagt die Präsidentin von Alliance F. Sie verweist auf die Armutsverteilung in der Schweiz: Von Armut am stärksten betroffen seien – neben kinderreichen Familien – alte Frauen.

Viele von diesen verfügten weder über eine zweite noch eine dritte Säule. Persönlich tendiert Zapfl deshalb dazu, das von linker Seite bereits angekündigte Referendum zu unterstützen. Ob auch ihr Verband das Referendum mittragen wird, müsse aber noch diskutiert werden, sagt Zapfl. Die FDP-Frauen, welche Alliance F angeschlossen sind, werden sich jedenfalls für die Revision einsetzen, wie Generalsekretärin Claudine Esseiva erklärt.

Offen hingegen ist das Verhalten der CVP-Frauen. Diese haben sich von Anfang an im «Frauenbündnis AHV» engagiert und sich hinter die Forderung gestellt, dass das mit der Rentenaltererhöhung eingesparte Geld vollständig für die soziale Abfederung eingesetzt werden muss. Gestern hingegen mochte sich Parteipräsidentin Babette Sigg bezüglich Referendum nicht auf die Äste hinauslassen.

Man werde diese Frage dieses Wochenende an der Herbstversammlung diskutieren, so Sigg. Bereits umgeschwenkt ist die frühere Parteipräsidentin, die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann. Unter ihr waren die CVP-Frauen dem Frauenbündnis beigetreten. Nun unterstützt sie den Kompromiss.

«Diese Vorlage passt uns überhaupt nicht», sagt dagegen Liselotte Fueter, Vorstandsmitglied der Evangelischen Frauen Schweiz. Ein offizieller Beschluss steht noch aus, doch persönlich spricht sie sich für das Referendum aus: «Eine solch wichtige Frage muss vom Volk entschieden werden», sagt die Parteilose. Zum Argument, dass die Frauen für das Gesamtwohl der AHV ein Sparopfer bringen müssten, meint sie: «Man jammert schon seit Jahren, dass die AHV kein Geld mehr haben werde – und sie hat immer noch.»